

Beat Weber¹

Geldreform als Weg aus der Krise?

Ein kritischer Überblick auf Bitcoin, Regionalgeld, Vollgeld und die Modern Money Theory

Im Kapitalismus dreht sich alles ums Geld. Aber im Normalbetrieb des Wirtschaftslebens ist die Frage, was Geld ist und wie es entsteht, nicht Gegenstand von Debatten, sondern wird als Selbstverständlichkeit vorausgesetzt. In schweren wirtschaftlichen Krisen hingegen, in denen Schulden nicht mehr tragbar und darauf aufbauende Geldvermögen gefährdet erscheinen, rücken fundamentale Fragen ums Geld regelmäßig ins Zentrum. Infolge der jüngsten Krise hat sich eine populäre Debatte ums Geld entwickelt, in der Geldentstehung zum Schlüsselprozess des Wirtschaftssystems und seiner Krisen fetischisiert wird: Geld sei nichts wert, weil es nicht durch Edelmetall gedeckt ist; die Schuldenkrise sei das Resultat eines Fehlers im Geldsystem; Banken und Zentralbanken seien die Steuerzentren einer Weltverschwörung (vgl. Daphi et al. 2014: 15). Diese und ähnliche Vorstellungen speisen eine Vielzahl von Geldreform-Vorschlägen. Als die wichtigsten Reformkonzepte im Hinblick auf ihre öffentliche Rezeption können Bitcoin, Regionalgeld, Vollgeld und Modern Money Theory (MMT) betrachtet werden. Wie lassen sie sich analytisch einordnen und bewerten?

1. Geld in Theorie und Praxis

In den Wirtschaftswissenschaften wird Geld in der Regel funktional als Einheit von Recheneinheit, Zahlungsmittel² sowie Wertaufbewahrungsmittel definiert. Doch der Stellenwert dieser Funktionen und damit zusammenhängende

1 Der Artikel gibt ausschließlich die persönlichen Ansichten des Autors wieder.

2 Um Geld als Schmiermittel in der Warenzirkulation zu bezeichnen ist in den Wirtschaftswissenschaften der Begriff Tauschmittel verbreitet. Marx spricht hier von Kaufmittel bzw. *Zirkulationsmittel*. Als *Zahlungsmittel* begleicht Geld ein Zahlungsverprechen. Im gegenwärtigen Sprachgebrauch dient der Begriff Zahlungsmittel als Oberbegriff für die beiden hier genannten Verwendungsweisen. In diesem Sinne wird er auch im vorliegenden Text verwendet.

Grundsatzfragen sind umstritten. Die Geldtheorie ist insbesondere von zwei großen Debatten geprägt: Die eine hat die Natur des Geldes zum Gegenstand. Die zweite dreht sich um die Frage, wer am besten Geld ausgeben soll. Was die Natur des Geldes betrifft, ist der zentrale Streitpunkt, ob Geld als reines Aktivum oder als Kredit zu begreifen ist (Aglietta/Orléan 2002: 103). Diese Debatte lässt sich bis zur griechischen Antike zurückverfolgen, entzweite im 19. Jahrhundert die Currency- und die Banking-School, und im 20. Jahrhundert Carl Menger, einen Mitbegründer der neoklassischen Wirtschaftslehre und heterodoxe Ökonomen wie Keynes und Schumpeter (Ingham 2004: 6).

Geld als reines Aktivum zu begreifen, geht auf die Theorie zurück, dass Geld aus dem Warentausch entstanden sei. Die im Tauschhandel gefragteste und aufgrund ihrer technischen Eigenschaften am besten dafür geeignete Ware (etwa Gold) habe sich zur Vereinfachung als allgemeines Kaufmittel durchgesetzt. Später seien zur weiteren Vereinfachung Papier- und Buchgeld anstelle des Edelmetalls getreten. Folglich werden hier die Kaufmittelfunktion primär, und die anderen Funktionen als subsidiär betrachtet. In zeitgenössischen neoklassischen Modellen dominiert nach wie vor die Vorstellung der Ökonomie als einer Tauschwirtschaft mit Geld als Vermittler (vgl. den Beitrag von Stützle in diesem Heft). Dass eine Wirtschaft mit Geld völlig anders funktioniert als eine Tauschwirtschaft, wird zugunsten postulierter Selbststabilisierungskräfte des Marktes heruntergespielt. Es wird nicht gesehen, dass nicht jeder Verkauf unmittelbar ein Kauf ist und somit Kaufzurückhaltung, marktbedingte Wertschwankungen des Geldes und Verschuldung mögliche Krisenherde bilden.

Dieser Konzeption stehen Ansätze gegenüber, die Geld stattdessen als Verbindlichkeit eines Ausgebers auf Basis einer Recheneinheit begreifen, wobei der Recheneinheit das Primat unter den Geldfunktionen zugeschrieben wird, weil ohne sie sei, mangels Vergleichbarkeit von Preisen, kein Markt möglich. Geld sei Kredit und eine buchhalterische Angelegenheit, die nicht notwendig die Form physischen Bargelds annehmen müsse, und folglich nicht als bzw. in Analogie zu einer Ware konzipiert werden könne. Geld entsteht demnach nicht aus dem Warentausch, sondern etwa wenn der erste Staat Münzen ausgibt, um seine Söldner zu bezahlen, die diese auf Märkten in eroberten Gegenden in Umlauf bringen, deren Händler wiederum ihre Steuern an den Eroberer in diesen Münzen leisten (vgl. den Beitrag von Ganßmann in diesem Heft). Solcherlei Geld kann als Verbindlichkeit des Ausgebers betrachtet werden.

Debatten um die zweite große Frage, wer der ideale Ausgeber von Geld ist (Aglietta/Orléan 2002: 168), sind untrennbar mit Positionen verknüpft, welche Instanz bzw. welches Steuerungsprinzip als gesellschaftlich legitimätsstiftend betrachtet werden kann. Im Zuge der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion der letzten Jahrzehnte hat sich durchgesetzt, Währungen als Netzwerk zu begrei-

fen, deren Nutzen mit der Anzahl der Nutzer steigt (Dowd/Greenaway 1993). Dies gilt primär für die Recheneinheit, deren nominelle Identität mit dem staatlich ausgegebenen Zahlungsmittel als effizient gilt. Dem Staat wird aufgrund seiner Ressourcen und aufgrund seiner Stellung als Repräsentant des Allgemeinwohls die größte Fähigkeit zugesprochen, als Geldausgeber zu fungieren und Legitimität des Geldes zu sichern.

Eine andere Sicht wird von Ansätzen vertreten, die Konkurrenz und/oder Komplementarität in Währungsfragen propagieren. Friedrich A. Hayek hat sich für eine „Entnationalisierung“ des Geldes zugunsten eines Währungswettbewerbs zwischen privaten Geld-Ausgebern ausgesprochen (Hayek 1976). Der neoliberale Grundsatz, Wettbewerb wird somit konsequent auf die Frage der Geldausgabe ausgeweitet. Nicht-nationalstaatliche Geldausgeber sind auch in Konzepten für Komplementärwährungen vorgesehen (Blanc 2011). Hier werden Währungen als Instrumente für das Ziel betrachtet, kleinere Wirtschaftskreisläufe auf Basis subnationaler Legitimationsressourcen und -instanzen (Privatinitiativen, Regionalbehörden) zu stärken. Eine möglichst weite Verbreitung der gemeinsamen Recheneinheit gilt in Konzepten dezentraler Ausgabe als nicht so wichtig, sei es, weil rationalen Individuen Kalkulation mit konkurrierenden Recheneinheiten zugetraut wird (Hayek), sei es, weil kleinräumigere Arbeitsteilung mit jeweils eigenen Recheneinheiten befürwortet wird (Komplementärwährungen).

Die im zeitgenössischen Kapitalismus vorherrschende Geldordnung berücksichtigt Elemente jeweils beider Gegenpole der theoretischen Debatte in den zwei oben genannten Fragen. Es handelt sich um ein Hybridsystem, das in jedem Währungsraum staatliche und private Ausgeber in ein hierarchisch geordnetes Verhältnis setzt (Aglietta/Orléan 2002; Mehrling 2000). An der Spitze dieser Geldpyramide steht die staatlich gesetzte Recheneinheit und darin denominiertes, von der Zentralbank ausgegebenes Bar- und Buchgeld als höchstrangiges Zahlungsmittel. Es entsteht im Zuge eines bilanziellen Prozesses: Die Zentralbank tauscht (in Form eines Kaufs oder temporär in Form eines Kredits) Wertpapiere vom Privatsektor³ gegen ihre Verbindlichkeiten, letztere dienen dem Privatsektor als Geld (Chick 2001: 238). Geld ist somit formal eine Verbindlichkeit der Zentralbank, aber substantiell ein reines Aktivum, weil die Zentralbank in einem System ohne Edelmetall- bzw. Warendeckung keinen Eintauch der Währung zu einem bestimmten Kurs gegen andere Wertträger verspricht.

Für die in Teilbereichen der marxistischen Literatur angeschnittene Frage, ob die von Marx postulierte Geldware Gold auch nach Ende des Goldstandards ungebrochen Grundelement eines kapitalistischen Geldsystems sei, oder ob

3 Dies können auch Staatsanleihen aus dem Besitz des Privatsektors sein.

Geld nunmehr (oder sogar von jeher) Kredit sei (vgl. Stützle 2006), bedeutet das: Auf Ebene des (zumeist nationalen) Währungsraumes hat Zentralbankgeld Gold ersetzt (Altwater 1996: 241; Guttmann 1996: 167). Geld ist eine Forderung an die Zentralbank auf – Geld der Zentralbank. Diese selbstreferenzielle Konstruktion macht Geld innerhalb eines Währungsraums zu einem reinen Aktivum. Auf internationaler Ebene sind nationale Gelder in eine internationale Geldhierarchie eingeschrieben, an deren Spitze der Dollar steht. Abhängig vom Wechselkursregime haben einzelne Währungen international in unterschiedlichem Ausmaß den Charakter einer Forderung auf Weltgeld (heute US-Dollar statt Gold).

In der staatlich gesetzten Recheneinheit eines Währungsraums können auch private Emittenten Zahlungsmittel ausgeben, sofern diese sich Akzeptanz verschaffen können. Akzeptanz privater Zahlungsmittel ist von der Glaubwürdigkeit abhängig, mit der die Ausgeber Konvertibilität mit dem finalen Zahlungsmittel zum Nennwert versprechen können. Banken sind die wichtigsten Privatemittenten von Zahlungsmitteln in Form von Sichteinlagen, aber im Prinzip können auch andere private Schuldtitel zu Zahlungszwecken von Dritten akzeptiert werden (z.B. Wechsel). Private Zahlungsmittel können im Zuge der Kreditvergabe geschaffen werden (Edmunds 2001: 252): Banken räumen Kreditnehmern im Zuge der Kreditvergabe Guthaben ein. Diese Guthaben bilden Ansprüche auf (Zentralbank-)Geld, die von den Kontobesitzern in bar behoben werden können. Sie können aber auch diese Ansprüche selbst als Zahlungsmittel („Giralgeld“) gegenüber anderen Kunden der Bank verwenden. Die Mehrheit der Zahlungen zwischen Bankkunden wird heute so abgewickelt. Die aus den Kontobewegungen ihrer Kunden entstehenden Salden zwischen den Banken müssen von den Banken in Zentralbankgeld beglichen werden. Da es nur einen Anspruch auf Zentralbankgeld darstellt, steht Giralgeld qualitativ in einem hierarchisch untergeordneten Verhältnis zu Zentralbankgeld, und seine Ausgabe wird durch das Erfordernis diszipliniert, dass die Zentralbankgeld-Reserven der Giralgeld-Ausgeber ausreichen müssen. In quantitativer Hinsicht sind die privat ausgegebenen Zahlungsmittel bedeutsamer als Zentralbankgeld.

Die Verwaltung des Geldwesens im zeitgenössischen Kapitalismus ruht auf Elementen öffentlicher und privater, zentraler und dezentraler Steuerung, die Ausdruck historisch kontingenter Kompromissbildungen sind (Ingham 2004: 131). Die im Wettbewerb zueinanderstehenden Banken werden von staatlichen Instanzen reguliert und unterliegen der Geldpolitik der Zentralbank. Die staatlich-private Organisationsweise des Geldwesens ist ein Spiegelbild einer Wirtschaftsweise, wo private dezentrale Akkumulationsdynamik von staatlichen Instanzen mit begrenzten Steuerungskompetenzen flankiert wird. Während die Modalitäten der Geldausgabe bis zu einem gewissen Grad kontingent sind,

können die damit bereitgestellten Geldfunktionen als funktionale Bestandteile eines kapitalistischen Wirtschaftssystems betrachtet werden. Großräumige gesamtgesellschaftliche Arbeitsteilung auf Basis langfristiger kreditfinanzierter Kapitalgüterinvestitionen braucht einen gemeinsamen stabilen Bewertungsstandard, eine gemeinsame Sprache – eine allgemeingültige Recheneinheit. Dezentrale Interaktion privater Eigentümer auf Märkten erfordert ein allgemein akzeptiertes Zahlungsmittel, und die aus dieser Struktur resultierende Unsicherheit erzeugt den Bedarf nach einem liquiden und zumindest kurzfristig stabilen Wertaufbewahrungsmittel.

2. Krise und der Ruf nach Geldreform

Als Folge der Krise ab 2007 hat eine öffentliche Debatte über ihre Ursachen und Folgen eingesetzt, in der Fragen nach Legitimität eine zentrale Rolle spielen: Welche Verantwortung tragen verschiedene Akteure? Können sie den erlittenen Vertrauensverlust wieder wettmachen bzw. welche Maßnahmen sind dafür notwendig? Tragen die im Zuge der Krisenbekämpfung gesetzten Maßnahmen zur Erreichung öffentlicher Ziele oder bloß zur Verfolgung von Sonderinteressen bei? Was legitime Ziele öffentlicher Wirtschaftspolitik sind, ist ebenso umstritten wie die Legitimität wirtschaftspolitischer Akteure und der von ihnen eingesetzten Mittel.

Analytisch lässt sich Legitimität gesellschaftlicher Institutionen entlang von zwei Dimensionen unterscheiden (Scharpf 2012): Inwiefern sich ihr Handeln aus dem Willen der Bevölkerung ableiten lassen kann („Input“-Dimension), und inwiefern die Ergebnisse ihres Handelns gesellschaftlichen Zielen und Erwartungen entsprechen („Output“-Dimension). Für das Geld sind zentrale Output-Dimensionen zunächst die allgemeine Akzeptanz einer Währung, ihre Stabilität sowie der Beitrag des Geldes zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Im Euroraum sehen die zugrundeliegenden Verträge hinsichtlich Inputlegitimität operationelle Unabhängigkeit der Zentralbanken von politischen Instanzen und die Verpflichtung auf eine wettbewerbliche Wirtschaftsordnung vor. Als Zielvorgaben hinsichtlich Outputlegitimität werden, prioritär, Preisstabilität sowie, nachrangig, Unterstützung der allgemeinen Wirtschaftspolitik gesetzt. Während gegenüber dem Finanzsektor keine formalen Legitimationskanäle vorgesehen sind, fungieren Zentralbanken als Schnittstelle zwischen Finanzsektor und Staat traditionell auch als „Bank der Banken“ im Dienste der Sicherung der Finanzstabilität. Diese Rahmenbedingungen sehen somit vor, dass für das Geldwesen maßgebliche Institutionen Legitimitätsansprüche vorwiegend über die Output-Dimension zu sichern haben. Dem unterliegt die Vorstellung, dass

Unabhängigkeit der Zentralbank vom restlichen Staatsapparat und Marktneutralität in der Durchführung der Geldpolitik gemäß verfassungsmäßig festgelegten Zielen, flankiert von Bankennettbewerb, Voraussetzungen für die Erreichung von Preisstabilität sind, der ein Primat unter den Outputlegitimitäts-Dimensionen zugesprochen wird (ebd.).

Durch die Krise wurde deutlich, dass die langjährige Preisstabilität weitgehend unbemerkt die Saat extremer Finanzinstabilität mit sich trug. Geltende Outputlegitimitäts-Ansprüche wurden somit erschüttert. Die liberale Hoffnung, Marktdisziplin im Finanzsektor würde finanzielle Stabilität sichern, hatte sich nicht erfüllt. Auch die Reaktionen der Zentralbanken und die mit der Stabilisierung des Finanzsystems einhergehende temporäre Aussetzung von Marktmechanismen waren Gegenstand massiver öffentlicher Kontroversen. In diesem Umfeld erschütterter Legitimität zentraler Institutionen der Geldordnung kommen Ideen zur Geldreform auf. Durch eine Neuordnung der Kompetenzen im Geldwesen sollen Krisen verhindert und Legitimität gewonnen werden. Die wichtigsten aktuellen Geldreform-Konzeptionen können unter Zuhilfenahme der Pole in den zwei eingangs skizzierten Debatten kategorisiert werden: Zentrale bzw. dezentrale Ausgabe und Steuerung; sowie Verbindung bzw. Trennung zwischen Geldschöpfung und Kreditprozessen:

	<i>Geld als reines Aktivum</i>	<i>Kreditbasiertes Geld</i>
Dezentralisierte Ausgabe (über Märkte oder Gemeinschaften)	a. Bitcoin	b. Regionalgeld
Zentralisierte Ausgabe	c. Vollgeld	d. Modern Monetary Theory (MMT)

Das Internet-Währungsprojekt Bitcoin und zinskritisch inspirierte Regionalgeld-Konzeptionen repräsentieren Ansätze zu einer Entstaatlichung des Geldes, die unterschiedlichen alternativen Gemeinschaftskonzeptionen folgen. Die Konzeption Modern Monetary Theory (MMT) stellt eine keynesianische, Vollgeld hingegen eine monetaristische Variante einer Geldreform dar, die u.a. auf Notenbankfinanzierung der öffentlichen Haushalte zielt.

2a. Bitcoin

Das Projekt Bitcoin ist der bislang erfolgreichste Versuch, den seit der Entstehung des Internets gehegten Traum von einem Kaufmittel zu verwirklichen, das typische Organisationsformen, Praktiken und Leitvorstellungen libertärer Strömungen der Cyberkultur auf die Geldsphäre anwendet: ein global und dezentral, von Freiwilligen verwaltetes privates Geld- und Zahlungsverkehrssystem

auf Basis von kryptografischen Algorithmen. Nach Publikation des Vorschlags im Internet durch einen unbekanntes Programmierer (Nakamoto 2009) fand sich bald eine Anhängerschaft, um das Projekt umzusetzen. Die Vorstellung von idealem Geld orientiert sich hier an Gold, einem reinen Aktivum. Nach dessen Vorbild legt die zugrundeliegende Software eine begrenzte Menge von rund 21 Millionen „Geldeinheiten“ fest, die von digitalen Pendanten der historischen „Goldschürfer“ gehoben werden müssen. Der Betrieb von Bitcoin beruht darauf, dass Freiwillige Computerkapazität beisteuern. Dabei haben sie zwei Funktionen: Zum einen ersetzen sie die Arbeit von Zahlungsdienstleistungsunternehmen. Statt Zahlungen über Banken abzuwickeln, verwalten Nutzer ihre Konten selbst und können dabei anonym bleiben. Neue Zahlungsaufträge werden anonymisiert öffentlich zur Durchführung ausgeschrieben. Die im Netzwerk angeschlossenen Computer konkurrieren um Durchführung der Aufträge, in dem sie komplizierte Rechenaufgaben lösen, die das System ihnen automatisch stellt, und überprüfen damit gleichzeitig die Solidität der Zahlungsaufträge. In diesem Verfahren bestätigte Zahlungsaufträge werden in einem öffentlichen Protokoll festgehalten, das durch laufendes Akzeptieren und Abspeichern der aktualisierten Version durch alle Netzwerkknoten dezentral verwaltet wird. Zweitens ersetzen die Freiwilligen die Funktion einer zentralen Geldausgabebehörde. Wer sich jeweils im Wettbewerb um Überprüfung von Zahlungsaufträgen durchsetzt, erhält zum Lohn eine gewisse Anzahl neuer Bitcoin-Einheiten aus dem Zentralbestand. Statt einer Zentralbank bringt somit dezentrale Nutzeraktivität die Einheiten in Umlauf. Eine in der Software verankerte Regel sichert Verlauf, Ausmaß und Obergrenze dieses Prozesses.

An Bitcoin kann man somit auf drei Wegen kommen: Erstens durch Beteiligung an dem „Schürfwettbewerb“, der durch notwendige teure technische Aufrüstung immer exklusiver wird. Zweitens durch Überweisungen von anderen Bitcoin-Nutzern, etwa als Bezahlung für eine Leistung. Zahlreiche Anbieter von Gütern und Leistungen im Internet und außerhalb akzeptieren mittlerweile Bitcoin als Kaufmittel (wenngleich nicht als Recheneinheit). Drittens durch Erwerb auf einer der zahlreichen privaten Tauschbörsen, die vorwiegend im Internet den Tausch von Bitcoin gegen offizielle Währungen und vice versa anbieten bzw. vermitteln. Ende 2013 erreichte der stetige Kursanstieg von Bitcoin gegenüber dem US-Dollar einen Höhepunkt. Ein weiterer Anstieg wurde im Februar 2014 durch den spektakulären Zusammenbruch von Mt. Gox gestoppt, der bis zu diesem Zeitpunkt größten Bitcoin-Handelsplattform. Derzeit erfolgen in Bitcoin im Schnitt 100.000 Transaktionen pro Tag, und etwa zwei Drittel der 21 Millionen Bitcoin-Einheiten ist bereits in Umlauf gebracht. Es wurden bislang über 30 Millionen Adressen („Konten“) eingerichtet. Weil alles anonym erfolgt und die Nutzung mehrerer Adressen üblich ist, sind aber aus diesen Zahlen keine

Rückschlüsse auf die Anzahl der Teilnehmer oder die Zwecke der Transaktionen abzulesen (Weber 2014).

Von bestehenden Zahlungsmitteln unterscheidet sich Bitcoin in dreierlei Hinsicht: Es führt eine eigene Recheneinheit ein, keine Instanz fungiert als zentraler Ausgeber (somit ist Bitcoin niemandes Verbindlichkeit), und seine Menge ist unwiderruflich begrenzt. Weil es folglich niemand gibt, der stabile Konvertibilität zu offizieller Währung garantiert und stabilisierende Geldpolitik betreiben kann, richtet sich der Wechselkurs zwischen Bitcoin und offiziellen Währungen nach Angebot und Nachfrage. Kann mit einer wachsenden Verbreitung gerechnet werden, ergibt sich bei fixem Mengangebot eine Aufwertungstendenz gegenüber offizieller Währung. Diese Eigenschaft kann Nutzer anziehen, die ein spekulatives Anlageobjekt suchen. Doch sie ist der Nutzung von Bitcoin als Kaufmittel abträglich: Bei Aufwertungserwartungen ist die rationale Strategie Hortung. Private Kaufmittel werden in der Regel nur genutzt, wenn sie glaubwürdig ein stabiles Verhältnis zur geltenden Recheneinheit versprechen können. Praktisch niemand nutzt Bitcoin als Recheneinheit, weil Anbieter, die ihre Angebote zu Bitcoin-Fixpreisen auspreisen, dadurch gewaltige Risiken eingehen, infolge des schwankenden Werts ihrer Umsätze ihre in offizieller Währung anfallenden Kosten nicht decken zu können. Das Kursrisiko und damit verbundene Transaktionskosten (etwa Wechselgebühren) sprechen auch gegen eine Verwendung von Bitcoin als schlichtes Mittel für den Zahlungsverkehr, also Euro-Zahlungen zu leisten, indem der Käufer zuerst Bitcoin für Euro kauft, in Bitcoin die Zahlung an den Verkäufer überweist, und dieser dann den Betrag in Euro zurücktauscht. Darüber hinaus birgt der Zahlungsverkehr eine Reihe von Risiken für die Nutzer, die in etablierten Systemen von den Systemanbietern getragen und über Gebühren finanziert werden, in Bitcoin aber den individuellen Nutzern aufgebürdet werden, sofern sie sich nicht unregulierten kostenpflichtigen Serviceanbietern aus dem Bitcoin-Universum anvertrauen wollen (Verwaltung der Guthaben, Absicherung gegen Datenverlust und Fehlüberweisungen, Service-Kontinuität etc.). Durch die Systemkonstruktion werden Outputlegitimitäts-Ansprüche gesetzt, die etablierte Systeme nicht aufweisen (mit Bargeld vergleichbare Anonymität der Nutzer auch im unbaren Zahlungsverkehr, dezentrale Verwaltung), dafür werden entscheidende Output-Kriterien (vor allem Wertstabilität) schlicht vernachlässigt, und somit die eigenen Erfolgsaussichten unterminiert. Bitcoin hat folglich keine Aussichten auf allgemeine Akzeptanz. Seine Nutzung als Zahlungsmittel wird auf Verwendungsweisen beschränkt bleiben, bei denen die Aussicht auf Anonymität die Defizite als Geldersatz überwiegt (illegale Transaktionen) oder wo Gebührenvorteile ins Gewicht fallen (etwa bei globalen und Online-Kleinbetragszahlungen). Als Geldersatz ist Bitcoin auf Interessen zugeschnitten, die Marx mit der Figur des Schatzbildners beschrieben hat: dem

verrückten Kapitalisten, der Hortung von Barbeständen statt Zirkulation zwecks Profiterzielung betreibt (MEW 23: 168). Bitcoin ist vorwiegend ein spekulatives Anlageobjekt. Die Inputlegitimitäts-Ansprüche von Bitcoin beruhen auf dem wirtschaftsliberalen Postulat, dass Wettbewerb Legitimität schafft, die dem Staat und der Demokratie abgesprochen werden: Bitcoin konkurriert etablierte Währungen und schafft somit Wahlmöglichkeiten für Nutzer, Wettbewerb zwischen „Schürfern“ zur Beglaubigung von Bitcoin-Zahlungen ersetzt die Rolle, die im herrschenden System Banken spielen.

2b. Regionalgeld

Klagen über regional ungleiche Entwicklung und den Verlust regionaler Autonomie haben Konzepten für regional ausgegebene Währungen Auftrieb verliehen, die sich als komplementär zu offiziellen Währungen verstehen. Der wechselseitige „Produzentenkredit“ ist das Herzstück der einflussreichsten Regionalgeld-Konzepte (Greco 2009; Kennedy et al. 2012). Greco (2009: 1204) zufolge ist die Überbrückung der Zeit zwischen Produktion und Anlieferung einer Ware die einzig legitime Basis für kreditbasierte Geldausgabe. Dies entspricht Vorstellungen und Praktiken aus der Frühzeit des Kapitalismus. Statt einer Bank soll jedoch die regionale Produzentengemeinschaft den Kredit gewähren, zinslos. Leitprinzip des wechselseitigen Kreditverrechnungssystems ist, dass der Bezug von Leistungen eines Verkäufers zu einem Anspruch auf Leistungen des Käufers führt. Die gesamte am System beteiligte Gemeinschaft an Produzenten garantiert die Schulden der Beteiligten (Kennedy et al. 2012: 36). In erweiterten Konzepten ist die Kombination mit einem Gutscheinsystem und einer Mitgliedsbank vorgesehen (ebd.: 58).

Von einer regionalen Instanz (ein privater Verein oder eine Behörde) gegen offizielle Währung ausgegebene Gutscheine fungieren als Bargeldersatz, der nur regionale Gültigkeit hat. Zweck ist die Beschränkung des Umlaufradius des Geldes auf die Region. Konsumenten können die Gutscheine nicht in Geld zurücktauschen. Geschäftsleuten, die die Gutscheine als Kaufmittel akzeptieren, soll gegen eine Gebühr der Rücktausch in offizielle Währung möglich sein. Eine „Umlaufsicherung“, eine von der Haltedauer des Gutscheins abhängige „Gebühr“, soll die Verwendung als Kauf- statt als Wertaufbewahrungsmittel fördern. Die Erlöse sollen der Finanzierung der Unkosten der Ausgabestelle und gemeinnützigen Projekten dienen. Als drittes Element soll eine gemeinnützige Mitgliedsbank Spareinlagen verwalten und daraus Kredite finanzieren, beides unverzinst (Kennedy et al. 2012: 58). Geldschöpfung findet in diesem System somit nur in Form von wechselseitigem Warenkredit statt, der gegen einen Bargeldersatz konvertibel ist, und über die Bank an andere übertragen werden kann.

Das hat nur sehr eingeschränkt Züge eines Kreditgeldsystems. Das Hauptziel der Regionalwährungs-Konzepte in Bezug auf Outputlegitimität besteht denn auch darin, Geld auf seine Funktion als Kaufmittel und einen regional begrenzten Gültigkeitsraum zu beschränken. Durch ökonomische Anreize soll die Wertaufbewahrungsfunktion von Geld (Greco 2009: 257), und der Abfluss von Kaufkraft aus der Region zugunsten regionaler Gemeinschaften unabhängiger Produzenten (ebd.: 1608) gebremst werden. Damit würden ungenutzte Ressourcen mobilisiert (Kennedy et al. 2012: 17).

Beeinflusst durch die anfangs des 20. Jahrhunderts entstandene „Freiwirtschaftslehre“ von Silvio Gesell (vgl. kritisch Rakowitz 2000) gelten Zinsen in dieser Konzeption als illegitim und schädlich. Durch Nutzung des Geldes zur Wertaufbewahrung wird Geld der Zirkulation entzogen, dadurch werde ein Zwang zu Verschuldung und Zinszahlung erzeugt. Die Verzinsung von Krediten und Bankguthaben wird als zentrale Ursache für Outputlegitimitäts-Defizite des derzeitigen Geldsystems identifiziert. Geld werde durch Kredit geschaffen, aber infolge der Verzinsung von Krediten würden die Schuldner mehr Geld zurückzahlen müssen, als im System vorhanden sei, so Greco. Dadurch werde zwischen den Schuldnern Wettbewerb um Geld ausgelöst, und Wachstum erzwungen. Gläubiger würden durch Zinseinnahmen beständig auf Kosten der Schuldner reicher. Bankrotte seien letztlich eine unvermeidliche Systemkonsequenz, sofern sie nicht durch permanente Kreditausweitung verhindert würden (Greco 2009: 2032).

Dieses Szenario unterstellt, dass die Kreditschöpfungsinstanz nur am Beginn und am Ende des wirtschaftlichen Zirkulationsprozesses ins Spiel kommt und ansonsten keine Rolle spielt. Sie schafft Geld im Zuge der Kreditgewährung, das nach der Rückzahlung wieder vernichtet wird – und hortet die Zinseinnahmen. Außerdem wird angenommen, dass alle Kredite gleichzeitig fällig werden. Schuldbegleichung plus Zahlung von Zinsen wäre unter solchen Umständen tatsächlich nicht allen Schuldnern möglich. Im Wirtschaftsleben haben wir es aber mit zeitversetzten Tilgungs- und Zinszahlungen unterschiedlicher Kreditnehmer zu tun. Die Zinseinnahmen der Bank fließen außerdem über Personal- und Sachausgaben, Investitionen und Dividenden wieder in den Wirtschaftskreislauf zurück, sodass auch ohne neue Kreditschöpfung stets wieder aufs neue Geld in Umlauf kommt. Mit einer bestimmten Geldmenge ist deshalb im Prinzip die Begleichung sämtlicher Schulden plus Zinsen möglich.

Die Zinskritik unterscheidet kreditbasiertes Geld unzureichend von Vermögen und übersetzt das Verhältnis von Arm und Reich zu ungenau mit dem Verhältnis von Schuldner und Gläubiger. Privater Vermögensbesitz besteht mehrheitlich aus Unternehmens- und Immobilieneigentum, aber nur zum Teil aus geldähnlichen Guthaben, die Ansprüche an Schuldner sind. Solche Ansprüche können auch

keine Schulden und daraus resultierende Einkommen für die Gläubiger „erzeugen“, sondern sind nur in dem Ausmaß und zu den Bedingungen (Zinshöhe) verwirklicht, indem Schuldner verschuldungsbereit und -fähig sind. Not und Mangel an alternativen Einkommensquellen kann ein Motiv zur Kreditaufnahme sein, aber in der Regel werden Kredite von Unternehmen und Privaten freiwillig aufgenommen, um künftig erwartetes Einkommen bereits in der Gegenwart profitabel einzusetzen, und Zinszahlungen als Anteil aus dem erwarteten Profit zu leisten. Sobald sich kapitalistische Verhältnisse durch Trennung der unmittelbaren Produzenten von den Produktionsmitteln und die Etablierung der Lohnarbeit etabliert haben, wird Profitorientierung vom Wettbewerbsprinzip durchgesetzt, nicht durch die Existenz von Krediten. In der Zinskritik sind bestimmte Eigentumsformen Gegenstand der Kritik (verzinsten Forderungen), während andere (Eigentum an Produktionsmitteln) aus der Diskussion ausgespart bleiben, ohne den funktionalen Zusammenhang zu thematisieren. Geld ist nur eine Erscheinungsform von Kapital, und Zinsen sind nur eine Form beziehungsweise ein Bestandteil des Mehrwerts.

Der Versuch, einen Zirkulationszwang über eine „Haltegebühr“ durchzusetzen, will Geld auf ein Kaufmittel reduzieren. Die Wirtschaft bleibt jedoch auch mit Regionalwährung unverändert von den Unsicherheiten kapitalistischer Verhältnisse geprägt, was den Bedarf nach einem liquiden Wertaufbewahrungsmittel nach sich zieht. Regionalgeld ohne Wertaufbewahrungsfunktion wird folglich, selbst wenn es mit Zwangsmitteln eingeführt wird, auf Akzeptanzprobleme stoßen. Die eingeschränkte Funktionalität und Akzeptanz von „umlaufgesichertem“ Regionalgeld ist ein ökonomischer Nachteil aus individueller Sicht der Geldnutzer, der individuell gegen den kollektiven Nutzen abgewogen werden muss, den Regionalwährungen für die Region versprechen. Der Widerspruch zwischen individueller und kollektiver Rationalität, der sich in Kaufkraftabflüssen aus Regionen oder Nutzung der Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes äußert, wird durch Einführung eines Regionalgeldes nicht aufgehoben, sondern bloß ein Stück weit von konkreten individuellen Konsum-Entscheidungen auf die Entscheidung zum Geldumtausch verlagert. Geld für Projekte spenden, Steuern zahlen und sich für regionalen Einkauf entscheiden könnten Konsumenten aber auch mit herkömmlichem Geld; das Projekt steht und fällt mit der Annahme, dass über den Umweg einer speziellen Währung individueller Verzicht zugunsten einer regionalen Gemeinwohlorientierung leichter fällt. Sofern überhaupt eine Einführung gelingt, bleibt dadurch der Prozess prekär und beständig verletztlich für ein Auseinanderfallen von individueller und kollektiver Rationalität und daraus folgender Handlungen.

Eine Vervielfachung paralleler Währungen erhöht Unsicherheit und Kosten für Aktivitäten, die die Grenzen von Währungsräumen überschreiten – es

eröffnet sich die Möglichkeit von Wechselkursschwankungen und Währungsmärkten. Sich von einer solchen Konstellation Stabilität zu erwarten, beruht auf einer Idealisierung von marktförmiger Steuerung (vgl. Greco 2009: 805). Werden Gutscheine gegen offizielle Währung ausgegeben, ist das System anfällig für Liquiditätskrisen. Wenn zu viele Teilnehmer plötzlich einen Umtausch in offizieller Währung verlangen, und die Reserven im offiziellen Bankensystem längerfristig gebunden sind (wo sie je nach Veranlagungsform auch Veranlagungsrisiken ausgesetzt sind), gerät die allgemeine Einschätzung der Werthaltigkeit der regionalen Währung in Gefahr.

Regionalgeld nach oben skizzierten Modell hat somit wenig Aussicht, seine Outputlegitimitäts-Versprechen einzulösen: Der Versuch, mittels Ausschaltung der Wertaufbewahrungsfunktion die Nutzung von Geld als Kaufmittel zu fördern, hat Akzeptanzprobleme zur Folge. Die Wertstabilität ist neben der geplanten Entwertung bei längerer Aufbewahrung auch durch Instabilitäten im Verhältnis mit anderen Währungen gefährdet. Das Versprechen auf gesamtwirtschaftlichen Nutzen für die Region kommt zunächst regionalen Anbietern zugute, die unzureichend überregional konkurrenzfähig sind. Ob die mit Regionalgeld-Akzeptanz einhergehenden Verzichtleistungen der Konsumenten sich über Umwege auch für letztere bezahlt machen, bleibt unklar.

Hinsichtlich Inputlegitimität sieht Greco (2009: 133) in einem System wechselseitigen Produzentencredits als Basis der Geldschöpfung eine demokratische Wiederaneignung des „Gemeinguts Kredit“. Neben dieser marktförmigen Demokratievorstellung im Kreditbereich sind Institutionen wie der Ausgabeinstanz für Gutscheine und der regionalen Bank demokratische Verwaltungsformen zugeordnet (Kennedy/Lietaer 2012), doch werden die Ausgabekriterien von Geld bzw. Kredit dadurch kaum berührt werden: Regionalgeld bleibt über die herrschende Recheneinheit an offizielle Währung gebunden. Kreditwürdigkeit im Sinne von Rückzahlungsfähigkeit wird Kriterium für (möglicherweise teils von der Spargemeinschaft subventionierte) Bankkredite bleiben müssen.

Die Erhebung einer Geldbenutzungssteuer, über deren Aufkommensverwendung dann kollektiv entschieden werden kann, macht im Konzept einen Kernbestandteil des Anspruchs auf Inputlegitimität aus. Die regionale Bevölkerung zu besteuern und die Entscheidung über die Mittelverwendung demokratisch zu gestalten, wäre allerdings auch im bestehenden Geldsystem möglich.

2c. Vollgeld

Der Vollgeld-Ansatz will die Schaffung privater Zahlungsmittel verbieten. Nur noch der Staat soll hierzu berechtigt sein und Geld künftig als reines Aktivum ausgeben, als „Vollgeld“ (Huber 2010, Jackson/Dyson 2013). Kreditvergabe der

Banken soll nur noch auf Basis bestehender Geldvorräte privater Sparer erfolgen. Denn derzeit würden Banken durch exzessive Zahlungsmittelschaffung im Zuge ihrer Kreditvergabe Finanzspekulation fördern, und das Risiko von Bankruns steigern. Letzteres ergibt sich daraus, dass Banken nur einen Bruchteil der täglich fälligen Kundenguthaben als Bargeld vorrätig halten, während langfristig gebundene Anlagen (Kredite, Wertpapiere etc.) den Großteil ihrer Aktiva ausmachen. Im Fall einer größeren Bankenkrise sieht sich der Staat heute zur Bankenrettung gezwungen, um die essenziellen volkswirtschaftlichen Infrastrukturen Versorgung mit Zahlungsmitteln und (von den Banken betriebenen) Zahlungsverkehr zu schützen. Um das zu verhindern, will die Vollgeld-Reform das Bankengeschäft künftig zweiteilen: Das *Kreditgeschäft* von Banken soll künftig ausschließlich aus langfristig gebundenen Kundeneinlagen finanziert werden, statt wie bisher u.a. aus täglich fälligen Kundeneinlagen. Für diese Anlagen wäre jeder Einlagenschutz abgeschafft und das volle Investitionsrisiko zu tragen: Wenn die Bank zu viele Kreditausfälle zu beklagen hat, erleiden bei der Bank veranlagte Sparguthaben Verluste, ähnlich wie bei einem Investmentfonds. Täglich fällige *Kundeneinlagen* hingegen sollen vom Kreditgeschäft getrennt und zu 100 Prozent vorrätig gehalten werden, auf durch private Betreiber verwalteten Kundenkonten der Zentralbank. Die bisher übliche Quersubventionierung, im Rahmen derer Kontoführung und Überweisungen der Kundschaft gratis oder nicht kostendeckend zur Verfügung gestellt und die Kosten aus anderen Geschäftseinnahmen der Banken gedeckt werden, wäre nicht mehr möglich, ebenso wenig wie eine Verzinsung von täglich fälligen Einlagen. Vielmehr würde die Kundschaft Gebühren für die Kontoverwaltung zu entrichten haben. Dies wäre der Preis für die komplette Sicherheit, stets Geld im vollen Ausmaß der Guthaben abheben zu können. Das Depositengeschäft würde in eine Art Tresorfunktion transformiert, ein Einlagensicherungssystem nicht mehr notwendig. Die täglich fälligen Bankguthaben hätten denselben Status wie Bargeld. Sofern die Banken die Regeln einhalten, droht keine Vertrauenskrise. Neues Geld soll von einer unabhängigen Behörde nach Maßgabe des volkswirtschaftlichen Bedarfs in Umlauf gebracht werden. Neu geschöpftes Geld kommt nicht wie bisher durch Kreditvergabe der Zentralbank an den Bankensektor oder Ankauf von Wertpapieren in Umlauf, sondern in dieser Konzeption von der Geldbehörde unentgeltlich dem Staat zur Finanzierung seiner Ausgaben überlassen, und, wie im alten Rom, erst durch staatliche Ausgaben in Umlauf gebracht. Das soll die staatliche Neuverschuldung und die Steuerbelastung senken (Huber 2010: 49). Darüber hinaus soll es der Geldbehörde auch möglich sein, Kredite an Banken zu vergeben.

„Vollgeld“ ist eine Variante des „Chicago Plan“, der in den 1930er Jahren von einigen Ökonomen in der Debatte um die Lösung der Bankenkrise als wirtschaftsliberales Gegenprogramm zur Verstaatlichung lanciert wurde und eine

100-Prozent-Reservehaltungsverpflichtung für Banken vorsah (Neldner 1991). Erhöhte Outputlegitimität beansprucht die Vollgeld-Ordnung, weil die staatliche Kontrolle der Geldmenge als Kernvoraussetzung für wirtschaftliche Stabilität gedacht wird.

Die Vollgeld-Kritik übersieht Unterschiede zwischen Zahlungsmitteln verschiedener Ausgeber. Banken können neue Zahlungsmittel nur zugunsten ihrer Kreditnehmer schaffen. Sie selbst erhalten im Erfolgsfall nur Zinsen, die Kreditsumme wird bei Rückzahlung gelöscht, weshalb die mit Kreditvergabe verbundene Liquiditätsschöpfung unter den geeigneten Rahmenbedingungen von der Kreditwürdigkeit potenzieller Schuldner beschränkt wird. Der Staat hingegen kann, wenn er die Zentralbank kontrolliert, auch zu eigenen Gunsten Geld schöpfen. Kommt es gemäß Vollgeld-Konzept zu einer staatlichen Monopolisierung der Zahlungsmittelausgabe über monetäre Staatsfinanzierung, kann diese Ausgangslage existenzgefährdendes Misstrauen gegenüber der Währung auslösen, sofern der Staat nicht ein Ausmaß an Legitimität besitzt, das weit über das heutige Niveau hinausgeht. Akzeptanzprobleme für eine Vollgeld-Währung sind somit zu erwarten.

Die Versprechen von Vollgeld auf höhere Outputlegitimität bezüglich Wertstabilität ruhen weitgehend auf der irreführenden und monetaristischen Annahme, dass Geldmengenkontrolle möglich, wünschenswert und wichtig ist. Private Zahlungsmittel können nicht nur von Banken, sondern auch durch Ausgabe von Schuldscheinen zwischen Privaten im gewöhnlichen Geschäftsverkehr geschaffen werden. Deshalb würde ein Verbot privater Zahlungsmittel weit über eine Reform der Banken hinausgehende Kontrollen erfordern, die kaum mit der Vollgeld-Konzepten zugrunde liegenden wirtschaftsliberalen Welthaltung vereinbar sind. Die bisherige Erfahrung zeigt, dass Finanzinnovationen im Rahmen bestehender staatlicher Gepflogenheiten nicht kontrolliert werden können (Neldner 1991). Die Hoffnung, das Preisniveau mittels einer kontrollierten Geldmenge zu stabilisieren, ist der Konzeption einer geldvermittelten Tauschwirtschaft geschuldet, in der Geld nur als Kaufmittel verwendet wird und die Funktion vernachlässigt werden kann, Wertaufbewahrungsmittel zu sein.

Wird Geldschöpfung gemäß Vollgeld-Konzept von Kreditprozessen entkoppelt, entfällt ein zentraler Mechanismus, der die Geldschöpfung mit der Wertschöpfung verknüpft. Indem neues Geld in der Regel nur gegen ein Rückzahlungsversprechen ausgegeben wird, ist seine Ausgabe heute an die Verfolgung von Projekten mit Profitaussichten gebunden. Diese Aussichten können zwar enttäuscht werden, aber die völlige Entkoppelung birgt das Risiko, dass neues Geld in die Welt gesetzt wird, ohne dass werthaltiger gesamtwirtschaftlicher Output produziert wird. Inflation und nachträgliche Korrekturen exzessiver monetärer Expansion können unter Vollgeld nur mittels Steuern, einem unfle-

xiblen Instrument, erfolgen, da alles ausgegebene Geld permanent in Umlauf bleibt. Das Argument besserer monetärer Kontrolle durch Vollgeld ist somit zu relativieren.

Eine Reform, die alle sicheren liquiden Aktiva (einlagengesicherte Bankguthaben, Staatsanleihen) außer Geld eliminiert, riskiert, dass jede kriseninduzierte erhöhte Liquiditätspräferenz Geldhortung und eine deflationäre Spirale auslöst. Während im bestehenden System die Flucht aus längerfristigen Anlagen in täglich fällige Bankeinlagen und Staatsanleihen noch Selbststabilisierung ermöglicht, weil Bankeinlagen von Banken in Aktiva transformiert werden können, hilft unter Vollgeld nur staatliches Gegensteuern. Wenn Staatsanleihen als sicherstes Aktivum und meist liquider Teilmarkt des Finanzsektors verschwinden, geht dem Finanzsektor ein zentraler Richtwert und „sicherer Hafen“ verloren, was seine Volatilität und Krisenanfälligkeit erhöhen wird.

Weil Enttäuschungen bei Investitionen unter kapitalistischen Verhältnissen unvermeidlich sind, ist die Möglichkeit von Krisen stets gegeben. Auch wenn das Zahlungssystem durch Bankenreform gesichert ist, können Krisen Anlass für öffentliche Intervention geben, um die Stabilität von Versicherungen, Großunternehmen und anderen Entitäten zu sichern. Die Hoffnung auf ein Ende von Krisen und daraus entstehendem Druck auf staatliche Krisenintervention dürfte verfehlt sein.

Auch ein Ende der Verschuldung und eine damit verbundene Erhöhung der Outputlegitimität hinsichtlich Finanzstabilität und Verteilung sind nicht abzusehen. Vollgeld-Befürworter glauben, dass eine Entkoppelung von Geldschöpfung und Verschuldung letzterer entgegenwirkt, denn Geld müsse nun nicht mehr vom Bankensektor „gemietet“ werden (Jackson/Dyson 2013: 155). Doch die Zahlungsmittel des Bankensektors sind nur ein Nebenprodukt der Kreditvergabe, nicht umgekehrt. Die Kreditnachfrage bliebe nach der Reform unverändert – es sei denn, bisherige Kreditnehmer erhielten neues Geld nunmehr geschenkt oder werden mit Kreditverbot belegt.

Weil Sparanlagen in Zukunft Eigenkapitalcharakter und somit erhöhtes Risiko aufweisen, werden die Zinsen dafür steigen müssen, folglich auch die Zinsen für Kredite. Investitionen werden dadurch erschwert bzw. „adverse Selektion“ setzt ein: Nur riskantere Investitionen weisen ausreichend hohe Renditeaussichten auf, um für verteuerte Kredite infrage zu kommen. Auch mit einer höheren Zinsvolatilität ist zu rechnen. Während im aktuellen System die Zinspolitik der Zentralbank einen Richtwert setzt, führt der Übergang zu einer Geldmengenkontrolle unter Vollgeld dazu, dass die Zinsen künftig vom Markt bestimmt werden. Tritt in Segmenten des Finanzsektors unerwarteter Liquiditätsbedarf auf, kann ein Überbietungswettbewerb für die knappen Mittel einsetzen, der die kurzfristigen Zinsen in die Höhe treibt und gesamtwirtschaftliche Turbulenzen auslöst.

Die Outputlegitimitäts-Ansprüche von Vollgeld ruhen somit auf der falschen Annahme selbstverständlicher Akzeptanz staatlich ausgegebenen Geldes, einer Überschätzung der Kontrollmöglichkeiten des Staates in einer kapitalistischen Ökonomie und einer Unterschätzung der Stabilitätsrisiken, die mit einer Reform einhergehen. Ansprüche auf Inputlegitimität ruhen in Bezug auf die Geldschöpfung auf der Rolle des Staates als demokratisch legitimer Souverän, in Bezug auf die Kreditvergabe auf einer marktbasierter Legitimitätsvorstellung, der zufolge private Bankkunden Verantwortung für die Zwecke der Kreditvergabe und die damit verbundenen Erträge und Risiken zu tragen haben.

In Bezug auf Inputlegitimität bedeutet die Verstaatlichung der Geldschöpfung eine Zentralisierung von Entscheidungen, die bislang auf Basis einer Vielzahl privater Risikoeinschätzungen im Zuge von Kreditvergabeprozessen getroffen wurden. Um angemessene Geldpolitik betreiben zu können, bedarf es somit einer Zentralisierung von Informationen über die Kreditnachfrage und Kompetenzen, die in Vollgeld-Konzepten überhaupt nicht bedacht sind. Die Vorstellungen über die institutionellen Implikationen in der Vollgeld-Literatur unterscheiden sich kaum von der derzeitigen institutionellen Rolle einer Zentralbank (Unabhängigkeit, dem Parlament rechenschaftspflichtig; vgl. Jackson/Dyson 2013: 205). Angesichts der gestiegenen Verantwortung gegenüber dem Status quo geht damit eine sokratische Vorstellung einher, die der Zentralbank, einem Weisengremium gleich, die Kompetenz zur weitgehenden Wirtschaftslenkung überträgt. Weil Fiskalpolitik unter Geldpolitik subsumiert wird, verliert die Wirtschaftspolitik ein Instrument und damit an Spielraum.

2d. Modern Monetary Theory (MMT)

Im Zentrum der Modern Monetary Theory (MMT) steht die Überzeugung, dass dem Staat durch Zugriff auf die Notenbank unbeschränkte Finanzierungsquellen zur Verfügung stehen, folglich der Staat keiner Budgetbeschränkung unterliegt, sofern der die Spielräume des bestehenden Institutionengefüges erweitert bzw. besser wahrnimmt. Die MMT sieht Geld als Kredit, als Verbindlichkeit des Ausgebers. Der Kern liegt in der Recheneinheit, deren Festlegung untrennbar mit dem Staat verbunden sei und damit die Geldausgabe. Seit seiner Entstehung beruht laut MMT die gesellschaftliche Akzeptanz von Geld auf staatlicher Steuererhebung. Indem der Staat der Bevölkerung Steuern vorschreibt, zwingt er sie, zu arbeiten, um die Steuern aufzubringen. Indem er ausschließlich die von ihm selbst ausgegebene Währung zur Begleichung von Steuerschulden akzeptiert, erzwingt der Staat die Akzeptanz des von ihm ausgegebenen Geldes. Durch seine Ausgaben bringt der Staat Geld in Umlauf, das er durch Steuern wieder abschöpft. Deshalb seien Steuern und Staatsanleihen entgegen der üblichen

Betrachtungsweise nicht als finanzielle Voraussetzung für Staatsausgaben zu betrachten, sondern umgekehrt: Staatsausgaben sind die Voraussetzung für Steuerleistungen. Staatsausgaben sind somit immer neu geschöpftes Geld. Steuern und vom Privatsektor angekaufte Staatsanleihen stellen bilanztechnisch nur den Rückfluss dieser Gelder dar, der Geld knapp und damit wertstabil hält und keine Form der Ausgabenfinanzierung (Bell 2001; Wray 2012: 52). Dass die Zentralbank, die das Geld ausgibt, vom Staat als Steuerbehörde und Geldnutzer heutzutage in der Regel unabhängig ist, wird in der MMT als irreführend beziehungsweise als Spezialfall interpretiert (vgl. Fullwiler et al. 2012: 20). Beide Instanzen werden deshalb konzeptionell konsolidiert.

Outputlegitimität sollte laut MMT darin bestehen, dass die Geldpolitik Vollbeschäftigung durch monetäre Finanzierung von Staatsausgaben garantiert, während die Fiskalpolitik für Preisstabilität sorgt. Inputlegitimität wird im MMT-Konzept durch Ausrichtung der Geldpolitik an den Erfordernissen der demokratisch legitimierten staatlichen Wirtschaftspolitik hergestellt. Theoriegeschichtlich ist die MMT eine Variante des sogenannten Chartalismus, einer Strömung innerhalb von Kredittheorien des Geldes, die die Rolle des Staates für die Entstehung und den laufenden Betrieb des Geldwesens betont, da der Staat notwendig die Recheneinheit festlegt, und die Möglichkeiten von Banken zur Schaffung von Zahlungsmitteln auf staatlichen Lizenzen („Charter“) beruht. Wirtschaftspolitisch knüpft die MMT an die keynesianische „Functional Finance“-Doktrin an, der zufolge Fiskalpolitik nicht auf den Budgetsaldo, sondern auf volkswirtschaftliche Ergebnisse (vor allem Vollbeschäftigung) fokussieren sollte (vgl. Lerner 1943). Während die wirtschaftspolitische Ausrichtung wichtiger Exponenten eine Einordnung in die linksorientierte postkeynesianische Schule zulässt, Wray propagiert etwa notenbankfinanzierte Vollbeschäftigungspolitik, betont die MMT den politisch neutralen Charakter ihrer Analysen (Wray 2012: 193). Deshalb wird MMT in den USA auch von libertären Rechten propagiert, die die Notenbankfinanzierung des Staates zum Zwecke von Steuersenkungen forcieren (*The Economist*, 31.12. 2011).

Die Behauptung, der Staat sei zur Sicherung von Outputlegitimität dank makroökonomischer Stabilisierung durch Geldschöpfung fähig, beruht auf problematischen Grundlagen: Unter „staatliche Geldausgabe“ subsumiert die MMT mithilfe der analytischen Konsolidierung von Staat und Zentralbank sowohl Wertpapierankäufe und Kreditgewährung an Banken durch die Zentralbank, als auch staatliche Budgetausgaben. Doch während die Zentralbank eine Bank ist, die Verbindlichkeiten gegen sich selbst schaffen kann, sind die Ausgaben des Staates durch seine Kontobestände bei der Zentralbank beschränkt. Erst eine Entscheidung der Zentralbank, dem Staat Überziehungskredite einzuräumen oder Staatsanleihen direkt vom Staat zu kaufen, würde diese Beschränkung

aufheben, und in einem nächsten Schritt dazu führen, dass Staatsausgaben dem Bankensystem neue Reserven zuführen. Durch die analytische Konsolidierung von Staat und Zentralbank gerät diese Bedingung bei der MMT aus dem Blick, und es entsteht Raum für die irreführende Behauptung, staatliche Ausgaben würden keine Steuer- oder Anleihenfinanzierung voraussetzen, sondern umgekehrt (Lavoie 2011: 12).

Auch die Möglichkeiten des Staates zur Gewährleistung der Outputlegitimitäts-Dimension der allgemeinen Akzeptanz von Geld werden überschätzt. Mit der Steuerpflicht gegenüber dem Staat als zentrales Element, um die Akzeptanz von Geld zu sichern, wird ein wichtiger Faktor benannt, aber die Voraussetzungen und Grenzen dieses Mechanismus vernachlässigt. Beide haben mit Legitimität zu tun. Der Erfolg des Staates bei der Steuererhebung beruht heute nur bedingt auf seinem Gewaltmonopol, sondern auf seiner Legitimität (Ingham 2004, Mehrling 2000). Ist diese nicht ausreichend gegeben, kann sich das in geringer Steueraufbringung und mangelnder Akzeptanz der Währung in der Bevölkerung äußern. Phänomene wie Steuerflucht und -vermeidung, Währungssubstitution und Kapitalflucht sind dann die Folge, was wiederum nationale Währungen tendenziell destabilisiert. Um Legitimität insbesondere bei den Kapitaleignern zu sichern, deren Investitionsbereitschaft Schlüsselement kapitalistischer Prosperität ist, ist der Staat in der Regel Kompromisse eingegangen, die seinen diskretionären Spielraum zur Steuer-Währungsgebarung beschränken. Dazu zählen parlamentarische Budgetkontrolle, gesetzlich verankerte Beschränkungen für die Staatsfinanzierung durch die Notenbank, Unabhängigkeit der Notenbank, Fähigkeit der Banken, Giralgeld zu schöpfen etc. Durch solche institutionellen Regelungen versuchen Staaten, Akzeptanz und Vertrauen der Währung unter Marktteilnehmern zu sichern. Gegenüber geschichtlichen Episoden, in denen Herrscherhäuser das Währungsprivileg nutzten, um eigene Ausgaben zu finanzieren, und dabei im Notfall Währungszerrüttung in Kauf nahmen, genießt im entwickelten Kapitalismus – nicht zuletzt infolge größerer Sanktionspotenziale der Währungsnutzer infolge von Demokratisierung und Internationalisierung – die Bedachtnahme auf gesamtwirtschaftliche Wirkungen für gewöhnlich einen größeren Stellenwert in staatlichem Handeln. Die primäre Ausrichtung des Geldwesens auf die Budgetfinanzierung ist unter diesen Bedingungen in der Regel auf außergewöhnliche Umstände wie Krieg beschränkt, wenn die Erfordernisse der Staatsfinanzierung alle anderen Outputlegitimitäts-Dimensionen in den Schatten stellen.

3. Fazit

Die genannten Geldreform-Vorschläge unterscheiden sich in ihren Grundannahmen und Umsetzungsproblemen. Für alle vier gilt, dass sie jeweils einen Steuerungsmodus verabsolutieren, um jeweils ein spezifisches wahrgenommenes Defizit des herrschenden Systems zu beheben. Damit unterschätzen sie den Beitrag vielfältiger Steuerungsinstanzen zum Funktionieren und zur Erhebung von Legitimitätsansprüchen des herrschenden Geldsystems, Probleme werden auf einen vermeintlichen Fehler im Geldsystem projiziert, die dem Kapitalismus insgesamt zuzuschreiben sind. Das Wirtschaftssystem, im Rahmen dessen Geld zu funktionieren hat, bleibt in den diskutierten Konzepten jedoch ausgeblendet. Geldschöpfung ist aber nur eine Stufe im gesamtwirtschaftlichen Kreislauf, nicht mehr und nicht weniger. Ihre institutionellen Formen und Rolle können nicht losgelöst von diesem Zusammenhang diskutiert werden.

Hinter Bitcoin, Regionalgeld und Varianten von Vollgeld steht die liberale Vorstellung, eine andere Geldordnung würde die unbegrenzten Selbstentfaltungs- und Stabilisierungskräfte einer marktgesteuerten „Realwirtschaft“ entfalten. Wirtschaftliche Dynamik, Krisen und Ungleichheit sind aber das Ergebnis des normalen Funktionierens von kapitalistischen Märkten, nicht ihrer Verzerrung durch ein falsches Geldsystem. Mit Ausnahme der MMT betrachten die Reformen Geld vorwiegend unter dem Gesichtspunkt des Kaufmittels. Besonders paradox und drastisch ist das bei Regionalgeld-Konzepten, die von einer kreditbasierten Geldanalyse ausgehen, um dann Geld auf Warengeld-Status ohne Wertaufbewahrungsfunktion reduzieren zu wollen. Das entspricht aber nicht den Anforderungen, die der Kapitalismus an Geld stellt. Deshalb wird das „reformierte“ Geld Akzeptanzprobleme nach sich ziehen, sofern der Bedarf nach einem stabilen Wertaufbewahrungsmittel nicht angemessen befriedigt wird. Alle Reformvorschläge tragen der Tatsache unzureichend Rechnung, dass die allgemeine Akzeptanz einer Währung anspruchsvolle legitimatorische Voraussetzungen hat. Während die stabilisierende Rolle des Staates bei Vollgeld und MMT als notwendig erachtet wird, wird diese nicht nur in ihrer Reichweite überschätzt, sondern übersehen, dass es dafür im bestehenden System weniger an Instrumenten, als an Legitimität fehlt. Und dieser Mangel stellt sich auch einer Geldreform in den Weg. Geldschöpfung ist kein geheimer Schlüssel, mit dem der Kapitalismus von seinen Krisen gereinigt oder in ein völlig anders funktionierendes Wirtschaftssystem transformiert werden kann. Die Verengung der Krisenursachen im Kapitalismus auf einen „Fehler im Geldschöpfungssystem“ führt in die Irre.

Literatur

- Aglietta, Michel/Orléan, André (2002): *Monnaie entre violence et confiance*, Paris.
- Altwater, Elmar (1996): Globale Finanzinnovationen, privates Computergeld und sozialisierte Schulden. In: *PROKLA* 26(2): 241-258.
- Bell, Stephanie (2001): The Role of the State and the Hierarchy of Money. In: *Cambridge Journal of Economics* 25: 149-163.
- Blanc, Jérôme (2011): Classifying „CCs“: Community, Complementary and local Currencies' Types and Generations. In: *International Journal of Community Currency Research* 15(D 4-10). URL: <https://ijccr.files.wordpress.com/2012/05/ijccr-2011-special-issue-02-blanc.pdf>, Zugriff 2.3.2015.
- Chick, Victoria (2001): Über Geld und Geldtheorien. In: *PROKLA* 31(2): 227-244.
- Daphi, Priska et al. (2014): *Occupy Frieden. Eine Befragung von Teilnehmer/innen der „Montagsmahnwachen für den Frieden“*. URL: protestinstitut.eu, Zugriff: 23.4.2015.
- Edmunds, Bernhard (2001): Der Finanzkeynesianismus in der Tradition Hyman Minskys. In: *PROKLA* 31(2): 245-267.
- Fullwiler, Scott et al. (2012): Modern Money Theory: A Response to Critics, *PERI Working Paper Series*, No. 279: 17-27.
- Greco, Thomas (2009): *The End of Money and the Future of Civilization, White River Junction* (Kindle Edition), Vermont.
- Guttman, Robert (1996): Die Transformation des Finanzkapitals. In: *PROKLA* 26(2):165-196.
- Hayek, Friedrich A. (1976): *Choice in Currency. A Way to stop Inflation*, London 2009.
- Huber, Joseph (2010): *Monetäre Modernisierung. Zur Zukunft der Geldordnung*, 2. aktualisierte Auflage, Marburg.
- Ingham, Geoffrey (2004) *The Nature of Money*, Cambridge.
- Jackson, Andrew/Dyson, Ben (2013): *Modernising Money. Why our Monetary System is broken and how it can be fixed*, London.
- Kennedy, Margrit et al. (2012): *People Money. The Promise of Regional Currencies*, Axminster.
- Lavoie, Marc (2011): *The Monetary and Fiscal Nexus of Neo-Chartalism: A friendly critical look*. URL: boeckler.de/pdf/v_2011_10_27_lavoie.pdf, Zugriff 2.3.2015.
- Lerner, Abba P. (1943): Functional Finance and the Federal Debt. In: *Social research* 10: 38-51.
- Marx, Karl (1867): Das Kapital, Erster Band, *MEW*, Bd. 23, Berlin 1988.
- Mehrling, Perry (2000): Modern Money: Fiat or Credit? In: *Journal of Post-Keynesian Economics* 22(3): 397-406.
- Nakamoto, Satoshi (2009): *Bitcoin: A Peer-to-Peer Electronic Cash System*. URL: bitcoin.org/bitcoin.pdf, Zugriff 2.3.2015.
- Neldner, Manfred (1991): 100% – Geld für Europa? In: *Jahrbuch für Sozialwissenschaft* 42(3): 278-289.
- Rakowitz, Nadja (2000): *Einfache Warenproduktion. Ideal und Ideologie*, Freiburg/Br.
- Scharpf, Fritz W. (2012): Legitimacy Intermediation in the Multilevel European Polity and Its Collapse in the Euro Crisis, *MPIfG Discussion Paper* 12/6.
- Stützle, Ingo (2006): Die Frage nach der konstitutiven Relevanz der Geldware in Marx' Kritik der politischen Ökonomie. In: Jan Hoff et al. (Hg.): *Das Kapital neu lesen*, Münster: 254-286.
- The Economist (2011): Marginal Revolutionaries, 31.12. 2011.
- Weber, Beat (2014): Bitcoin and the legitimacy crisis of money. In: *Cambridge Journal of Economics*, online advance access DOI 10.1093/cje/beu067.
- Wray, L. Randall (2012): *Modern Money Theory. A Primer* (Kindle Edition), London.